

Warme Worte heizen keine Wohnung!

Jetzt handeln: Tarifverhandlungen stocken

Die Krisen der zurückliegenden Jahre sind nicht spurlos an unserer Gesellschaft vorbeigegangen. Dass die Folgen nicht noch gravierender ausfielen und die öffentliche Daseinsfürsorge weitestgehend gewährleistet blieb, verdanken wir auch dem Einsatz der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Nachdem bereits die Folgen der Coronapandemie eine starke Belastung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst darstellten, leiden viele von ihnen nun unter der Inflation infolge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine. Die gestiegenen Lebenshaltungskosten stellen insbesondere Beschäftigte mit geringem Einkommen vor eine kaum zu bewältigende Herausforderung. Daher fordern dbb und ver.di:

- eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten, mindestens jedoch 500 €,
- eine Erhöhung der Entgelte für Auszubildende, Studierende, Praktikantinnen und Praktikanten um 200 €, sowie eine verbindliche Zusage zur unbefristeten Übernahme.



Rita Mölders (Mitglied der Geschäftsführung der dbb Bundestarifkommission) und Michael Blanck (Mitglied der dbb Bundestarifkommission) auf der zentralen Kundgebung anlässlich der zweiten Verhandlungsrunde in Potsdam

Rita Mölders, stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Arbeitsbereich Tarifpolitik kommentierte den Start der zweiten Verhandlungsrunde folgendermaßen: „Die Menschen in unserem Land wollen einen handlungsfähigen Sozialstaat. Das ist und bleibt personalintensiv. Denn erziehen, pflegen, sichern, planen und vieles mehr können nur Menschen im öffentlichen Dienst sicher und zuverlässig gewährleisten. Die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen während der Coronapandemie und in der Bewältigung der Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine waren und sind herausragend. Es kann nicht sein, dass die Arbeitgeber uns jetzt zum Dank den Rücken zukehren und uns mit der Inflation und den gestiegenen Kosten im Stich lassen. So lassen wir uns nicht abspeisen!“

Zur zweiten Runde der Tarifverhandlungen, die am 22. und 23. Februar in Potsdam stattfand, legte die Arbeitgeberseite ein erstes Angebot vor, welches jedoch von der dbb Verhandlungskommission als unzureichende „Mogelpackung“ zurückgewiesen wurde. Die vorgeschlagene Erhöhung um drei Prozent bei sehr langer Laufzeit kann den Reallohnverlust bei Weitem nicht ausgleichen. Auch ein Mindestbetrag, wie er von dbb und ver.di gefordert wird, ist dort nicht vorgesehen.

Auch mit Blick auf den bedrohlichen Personalmangel, der bereits jetzt eine enorme Herausforderung darstellt, ist das Angebot der Arbeitgeberseite unzureichend. Hierzu Mölders: „Das Bild nach außen ist fatal. Der öffentliche Dienst muss konkurrenzfähig werden, wenn man möchte, dass sich junge Menschen dafür entscheiden, einen Job in einer Kita, einer Schule, einem Krankenhaus oder in der Verwaltung zu übernehmen. Dieses Angebot zeigt, dass man die Zeichen der Zeit immer noch nicht verstanden hat.“

Der dbb hat angekündigt, den Arbeitskampf in den kommenden Wochen bis zur dritten und letzten Verhandlungsrunde, beginnend am 27. März 2023, weiter zu intensivieren. Er fordert alle betroffenen Mitglieder der Fachgewerkschaften dazu auf, sich an den zahlreichen bundesweiten Aktionen zu beteiligen und ruft auch die Bundesbeamtinnen und -beamten dazu auf, sich in ihrer Freizeit an den Aktionen vor Ort zu beteiligen.

Weitere Informationen finden Sie unter: <https://www.dbb.de/einkommensrunde/einkommensrunde-2023.html>

Jetzt bewerben: DSLK-Schulpreis Bildung für nachhaltige Entwicklung

Der Klimawandel wartet nicht! Wir müssen Schule heute so gestalten, dass die Welt von morgen lebenswert bleibt. Das machen Sie an Ihrer Schule bereits? Oder Sie wollen sich auf den Weg machen? Dann zeigen Sie Ihre Vision einer Schule, die sich für Nachhaltigkeit einsetzt – und gewinnen Sie den DSLK-Schulpreis für nachhaltige Entwicklung.

Im Mittelpunkt steht immer die Frage: „Wie ist das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in das Schulleben, das Lernen und das Lehren an Ihrer Schule integriert – oder sollte es sein?“

Der Schulpreis ist mit 50.000 € dotiert und wird von der SIGNAL IDUNA gestiftet. Insgesamt werden fünf Schulen mit dem Preis ausgezeichnet. Die Summe wird den gewählten Siegerschulen zu gleichen Anteilen und zweckgebunden für Nachhaltigkeitsprojekte zur Verfügung gestellt. Bewerben Sie sich bis zum 31. Mai 2023 direkt über das Portal: www.dslk-schulpreis.de

DSLK-Schulpreis 
Bildung für nachhaltige Entwicklung
Gestiftet von SIGNAL IDUNA 

Jetzt bewerben!

Zeichen setzen und 10.000 € für euer Schulprojekt gewinnen!

Bis zum 31.05.2023 online bewerben unter www.dslk-schulpreis.de

Jetzt digital: Broschüre mit Empfehlungen zu Parität und Nachwuchsförderung

Parität ist in aller Munde. Doch was nützt einem ein Modewort, wenn doch nichts passiert? „Der VBE hat sich auf den Weg gemacht. Wir wollen keine starren Quoten“, sagt Tanja Küsgens, Bundessprecherin der „Frauen im VBE“ in dem Eingangsinterview zur neuesten Broschüre des VBE. Und weil das so ist, legt der VBE Bundesverband eine Broschüre mit Empfehlungen vor, die es erleichtern sollen, Strukturen im Verband so zu gestalten, dass der Zugang zu Verbandsstrukturen und Gremienarbeit für alle Menschen leichter möglich wird – mit dem Fokus darauf, den Nachwuchs an den Verband zu binden und zu fördern und auf das Ziel von Parität und Repräsentation von Frauen im Verband hinzuwirken.

Im Gespräch mit den Querschnittsvertretungen „Frauen im VBE“ und „Junger VBE“ wurde Optimierungspotenzial identifiziert und nach Maßnahmen gesucht, dieses zu schöpfen. Gängige Gegenargumente werden in der Publikation vorweggenommen und ihnen wird argumentativ begegnet. Die Broschüre ist ein Gemeinschaftsprojekt der „Frauen im VBE“ und des „Junger VBE“ im Auftrag des VBE Bundesvorstandes. Neugierig? Schauen Sie doch direkt mal rein. Die Broschüre liegt in Deutsch und in Englisch vor und sie ist auch digital abrufbar:

<https://kurzelinks.de/paritaet-broschuere>



Revolution jetzt? ChatGPT und Folgen

November 2022: Ein Chatbot, der die wahrscheinlichste Antwort findet, wird veröffentlicht. Nicht immer fakten-sicher, aber in der Vielfältigkeit der Anwendung beeindruckend, lässt ChatGPT gerade tief in die Zukunft blicken. Was jedoch ist die häufigste Frage, die Lehrkräften gerade gestellt wird? Ob das der Tod der Hausaufgabe ist. Das zeigt zweierlei: Zum einen ein fragwürdiges Bildungsverständnis, wenn Hausaufgaben sich sofort abschaffen, nur weil ein Chatbot Fakten zusammentragen kann. Und zum anderen verkennt diese Frage das Potenzial, das ChatGPT für die Lehrkräfte selbst hat. Ob bei der Vorbereitung des Unterrichts, bei der individuellen Förderung oder auch bei der Kontrolle von digital vorliegenden Tests. Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Gerhard Brand, hat hierzu dem Blog „meinungsbarometer.info“ ein Interview gegeben, das hier nachzulesen ist:

<https://kurzelinks.de/ki-brand>

Neben dem Blick auf die Möglichkeiten wägt er die Unklarheiten ab: Datenschutz, Nutzungsrestriktionen, fehlende Fortbildungen, mangelnde Zeit, um sich damit auseinanderzusetzen. Zudem hat die Kultusministerkonferenz (KMK) zwar eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit dem Thema befassen soll, aber, so Brand, „die Realität überholt die Theorie: In den Klassenzimmern vor Ort wollen alle das gerne ausprobieren“. Deshalb brauche es schnelle Reaktionen aus den Ministerien. Vorreiter ist Nordrhein-Westfalen. Hier hat man Ende Februar schon einen Handlungsleitfaden zum Umgang mit textgenerierenden KI-System herausgegeben. Sie finden ihn hier: <https://kurzelinks.de/ki-nrw>. Auch interessant: Die Veröffentlichung der Europäischen Kommission „Ethische Leitlinien für Lehrkräfte über die Nutzung von KI und Daten für Lehr- und Lernzwecke“. Abrufbar unter: <https://kurzelinks.de/ki-europa>



Jetzt aber: Zeitgemäße Bildung braucht Haltung

Womit wird Bildung zeitgemäß? Eine große Frage, deren Beantwortung über verschiedene Zugänge erfolgen kann. Im aktuellen Debattenmagazin +3 der Süddeutschen Zeitung versuchen sich Menschen mit Expertise aus dem Bildungsbereich daran. Andreas Schleicher, Bildungsdirektor der OECD, sagt zum Beispiel, es sei „Aufgabe von Bildung, Menschen erster Klasse zu entwickeln, keine Roboter zweiter Klasse“. Die Bundesbildungsministerin, Bettina Stark-Watzinger, fordert nicht weniger als eine „bildungspolitische Trendwende, mit der wir das Aufstiegsversprechen erneuern“. Und Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE, betont, dass zeitgemäße Bildung darauf fokussieren muss, „komplizierte Zusammenhänge überblicken und einschätzen zu können“. In dem durch Mangel geprägten Bildungssystem könne dies jedoch nicht realisiert werden. Deshalb ist sein Plädoyer: „Erst mit guten Arbeitsbedingungen und wenn der Wert von Bildung und ihrer Protagonisten gesellschaftliche Bedeutung erfährt, kann Bildung für die Zukunft fit gemacht werden“. Die Meldung in Gänze und alle weiteren Beiträge zur Debatte finden Sie hier: <https://joom.ag/cxld>

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE